

Niederschrift
über die 20. Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund
WohnenPlusLeben
am 31.01.2025 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dornseifer, Falk
Ensmann, Bernhard
Körlings, Franz
Dr. Leonards-Schippers, Christiane
Nabbefeld, Michael
Renzel, Peter
Wehlus, Jürgen
Wöber-Servaes, Sylvia

für Kretschmer, Gabriele
für Bündgens, Willi

für Dickmann, Bernd

SPD

Joebges, Heinz
Krupp, Ute
Mederlet, Frank
Recki, Gerda
Böll, Thomas
Ullrich, Birgit

für Heinisch, Iris
Vorsitzende

für Stergiopoulos, Ioannis

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Gerlach, Lisa Hanna
Glashagen, Jennifer
Janicki, Doris
Kresse, Martin
Manske, Marion
Peters, Anna

für Tuschen, Johannes

für Tadema, Ulrike

FDP

Dick, Daniel
Feiter, Stefan

AfD

Lenzen, Paul-Edgar

Die Linke.

Ammann-Hilberath, Martina

FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

beratendes Mitglied

Die FRAKTION

Baron von Kruedener, Aaron Yannik

für Zabci, Ulas Sazi

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski
Krüger

LVR-Dezernentin Klinikverbund und Verbund HPH
LVR-Fachbereichsleitung Wirtschaftliche
Steuerung des Klinikverbundes und Verbundes
HPH

Dr. Möller-Bierth

LVR-Fachbereichsleitung Personelle und
organisatorische Steuerung des Klinikverbundes
und des Verbundes HPH

Schröder

Kommissarische LVR-Fachbereichsleitung
Qualitäts- und Innovationsmanagement

Ebeling

LVR-Fachbereich Qualitäts- und
Innovationsmanagement

Flesch

LVR-Fachbereich Qualitäts- und
Innovationsmanagement

Hansch-Lohkemper

LVR-Abteilungsleitung Qualitäts- und
Innovationsmanagement

Dr. Pott

LVR-Abteilungsleitung Qualitäts- und
Innovationsmanagement (bis TOP 3)

Piel

stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte LVR-
Stabsstelle Gleichstellung und Gender
Mainstreaming

van Bahlen

LVR-Dezernat "Finanzmanagement,
Kommunalwirtschaft, Europaangelegenheiten
Beratung Fachlicher Vorstand LVR-Verbund
WohnenPlusLeben

Pelzer

Abteilungsleitung LVR-Verbund WohnenPlusLeben

Rollmann

Fachlicher Vorstand LVR-Verbund
WohnenPlusLeben

Thewes

Kommissarischer Kaufmännischer Vorstand LVR-
Verbund WohnenPlusLeben

Trümper

LVR-Verbund für WohnenPlusLeben,
Regionalleitung Region 2b

Kremers

GPR

Dübbbers

örtlicher Personalrat LVR-Verbund
WohnenPlusLeben

Lenders

örtlicher Personalrat LVR-Verbund
WohnenPlusLeben

Middelmann

örtlicher Personalrat LVR-Verbund
WohnenPlusLeben

Papageorgiou

örtlicher Personalrat LVR-Verbund
WohnenPlusLeben

Pejkovic

örtlicher Personalrat LVR-Verbund

WohnenPlusLeben

Fink

Fachbereich Personelle und organisatorische
Steuerung des Klinikverbundes und des
Verbundes HPH (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 19. Sitzung vom 08.11.2024
3. FASD – eine wachsende Herausforderung für den LVR-Verbund für WohnenPlusLeben
4. Haushaltsentwurf 2025/2026; hier: Zuständigkeit des Ausschusses für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben **15/2828 B**
5. Anfragen und Anträge
- 5.1 Anfrage Sexualisierte Übergriffe in Werkstätten und Einrichtungen des LVR **Anfrage 15/121 GRÜNE K**
- 5.2 Beantwortung der Anfrage Nr. 15/121
- 5.3 Anfrage und Beantwortung Nr. 15/112 GRÜNE
6. Beschlusskontrolle
7. Bericht aus der LVR-Verbundzentrale und dem LVR-Verbund WohnenPlusLeben
- 7.1 Bericht LVR-Verbundzentrale
- 7.2 Bericht LVR-Verbund WohnenPlusLeben
8. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

9. Niederschrift über die 19. Sitzung vom 08.11.2024
10. Personalmaßnahmen
- 10.1 Befristete Weiterbeschäftigung und Bestellung zum Fachlichen Vorstand des LVR-Verbundes für WohnenPlusLeben **15/2862 B**
- 10.2 Bestellung zur Stellvertreterin des Fachlichen Vorstandes des LVR-Verbundes für WohnenPlusLeben **15/2875 B**
11. Anfragen und Anträge
12. Beschlusskontrolle
13. Bericht aus der LVR-Verbundzentrale und dem LVR-Verbund WohnenPlusLeben
- 13.1 Bericht LVR-Verbundzentrale
- 13.2 Bericht LVR-VerbundWohnenPlusLeben
14. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:00 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:18 Uhr
Ende der Sitzung:	11:18 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **die Vorsitzende** die Mitglieder des Ausschusses für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Es wird eine Gedenkminute für Ute Breidenbach eingelegt, die am 15.01.2025 verstorben ist.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 19. Sitzung vom 08.11.2024

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3

FASD – eine wachsende Herausforderung für den LVR-Verbund für WohnenPlusLeben

Herr Andreas Trümper, Regionalleitung im LVR-Verbund für WohnenPlusLeben und FASD-Fachkraft, berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage**) über die "Fetale Alkohol Spektrum Störung".

"Fetale Alkoholspektrumstörungen" (FASD) ist der Oberbegriff für alle Schädigungen des Kindes, die durch Alkoholkonsum der Mutter während der Schwangerschaft entstehen. Zu den FASD gehören drei Krankheitsbilder, die sich in ihrer Ausprägungsform unterscheiden. Dabei reichen die Symptome von körperlichen Auffälligkeiten bis hin zu hirnrorganischen Veränderungen, die (lange) unbemerkt bleiben.

Die durch Alkohol in der Schwangerschaft entstandenen Schädigungen können nicht rückgängig gemacht werden und sind nicht heilbar.

Insbesondere hirnrorganische Schädigungen kommen im Jugendlichen-/Erwachsenenalter durch Auffälligkeiten im Verhalten zum Vorschein (Bindungsstörungen, Impulskontrollstörungen, Ablenkbarkeit, Delinquenz etc.). Therapeutische Angebote versprechen hier keine Besserung, da kognitive Veränderungen bei hirnrorganischen Schädigungen nicht möglich sind.

Erst seit den Jahren 2012 bzw. 2016 wird die Diagnose FASD bei Kindern und Jugendlichen gestellt. Mindestens 1% aller Kinder werden mit FASD geboren. Die Dunkelziffer bei erwachsenen Personen ist entsprechend hoch und es fehlt an passgenauen Hilfeangeboten für diese Menschen.

Es gibt in Deutschland nur wenige Standorte, die sich mit der Diagnostik von FASD bei

Erwachsenen befassen. Ebenso gibt es nur wenige ausgebildete Fachkräfte und das Wissen über FASD ist nur wenig verbreitet. In der Folge kommt es nicht selten zu Fehldiagnosen aufgrund nicht erkannter FASD. Entsprechend erhalten die betroffenen Menschen nicht die erforderlichen Hilfs- und Unterstützungsangebote.

Das LVR-Klinikum in Essen ist einer der wenigen Standorte in Deutschland, an dem die Kompetenz für Diagnosemöglichkeiten von FASD bei Erwachsenen vorgehalten wird.

In Bezug auf die Kund*innen im LVR-Verbund für WohnenPlusLeben vermutet Herr Trümper, dass ein großer Teil von den Folgen des Alkoholkonsums der Mutter in der Schwangerschaft betroffen sei. Am Standort in Rees leite er einen Intensivwohnbereich für Menschen mit FASD. Die Betreuung der Kund*innen sei sehr personalintensiv, da rund um die Uhr sehr verlässliche Strukturen für die Kund*innen gewährleistet sein müssten, um zeitnah auf verschiedene herausfordernde Verhaltensweisen reagieren zu können. Durch intensive Schulungen der Mitarbeitenden könne die Wohngruppe seit August 2024 auf den Einsatz von Sicherheitspersonal verzichten.

FASD, das mangelnde Wissen hierüber und die folglich mangelnden Versorgungsstrukturen für Betroffene, hätten gesamtgesellschaftliche Relevanz. Die Auswirkungen von FASD mache sich in allen Lebensbereichen (Schule, Ausbildung, Sozialraum, Justiz etc.) bemerkbar. Auch innerhalb des LVR sei nicht nur der Wohnverbund, sondern ebenso der Klinikverbund, der Maßregelvollzug und darüber hinaus die Fachdezernate im LVR von den Folgen von FASD tangiert. Perspektivisch sei die Vernetzung mit Psychiatrie und Jugendhilfe, die Qualifizierung weiterer Mitarbeitender sowie ein großflächiger Wissenstransfer wie auch eine konzeptionelle und bauliche Angebotsgestaltung wünschenswert, um eine Verbesserung für Menschen mit FASD zu erreichen.

Frau Recki bedankt sich für die Information und betont, dass der dringende Handlungsbedarf, u.a. der Qualifizierungsbedarf weiterer Mitarbeitender, aus dem Vortrag deutlich geworden sei.

Auf die Frage von **Herrn Körlings** nach zu erwartenden Veränderungen, wenn das Wissen über FASD verbreitet werde, antwortet **Herr Trümper**, dass das Wissen über die Diagnose bereits Betroffene erleichtere und ihnen viele Antworten darauf gebe, weshalb sie im Leben oftmals gescheitert seien. Daneben könnten sich Angehörige, Behandler*innen und Betreuer*innen angemessen auf die Bedürfnisse der betroffenen Personen einstellen und adäquate Unterstützungsangebote konzipieren. Der Umgang mit von FASD betroffenen Personen sei eine besonders fordernde und belastende Herausforderung.

Frau Glashagen erkundigt sich, ob geplant sei, zeitnah eine große Zahl von Fachkräften auszubilden, um in der breiten Fläche des LVR-Verbundes für WohnenPlusLeben das Wissen über FASD zu transportieren und dem Bedarf der Personen zügig zu begegnen.

Herr Trümper bestätigt, dass es dieses Bestreben gebe, weitere Mitarbeitende im Verbund zu schulen. Zu diesem Zweck sollen Multiplikatoren installiert werden.

Herr Ensmann berichtet von einem Fall aus dem Bekanntenkreis. Ein Pflegekind, dessen leibliche Mutter während der Schwangerschaft Alkohol konsumiert habe, zeige Verhaltensauffälligkeiten. Es sei den Pflegeeltern empfohlen worden, den Kontakt zum Kind abubrechen.

Herr Trümper erwidert, dass hier vermutlich FASD nicht in Betracht gezogen worden sei. Hirnorganische Schädigungen führten dazu, dass es der betroffenen Person nicht möglich sei, das eigene Verhalten zu ändern. Pädagogische, therapeutische Ansätze versprechen keine Besserung. Die Belastung für die nahen Angehörigen sei enorm herausfordernd.

Herr Lenzen fragt, ob Personen mit der Diagnose FASD in einem Gruppensetting betreut werden können oder ob hier ausschließlich eine Einzelbetreuung in Betracht komme.

Herr Trümper erläutert, dass der Bedarf von Person zu Person stark variere. Es gebe Personen, die weitaus weniger Unterstützung benötigten und beispielsweise mit Angeboten im ambulanten Bereich ausreichende Hilfe erhalten würden.

Frau Peters bedankt sich für den aufschlussreichen Vortrag.

Herr Trümper sagt die Übersendung einer Handreichung zum Thema "FASD" zu.

Die Vorsitzende bedankt sich abschließend für den informativen Vortrag.

Die PowerPoint-Präsentation von Herrn Trümper wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 **Haushalt 2025/2026**

Punkt 4.1 **Anträge zum Haushalt**

Punkt 4.1.1 **Haushalt 2025/2026: Kommunalwahl - Information in Leichter Sprache** **Antrag Nr. 15/210 GRÜNE**

Herr Kresse erläutert das Ziel des Antrags und bittet darum, den Antrag ohne Votum in den Ausschuss für Inklusion einzubringen.

Herr Ensmann plädiert dafür, den Antrag Nr. 15/210 zu behandeln und beantragt, diesen abzulehnen. Die Inhalte des Antrags seien zu weitreichend. Die Politik des LVR könne diese Entscheidung nicht treffen und die Kommunen nicht verpflichten.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben **lehnt** den Antrag Nr. 15/210 **mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Die Linke. und Die FRAKTION** ab.

Punkt 4.1.2 **Haushalt 2025/2026: Essen gut – Alles gut!? Für gesundes Essen in LVR-Schulen, LVR-Einrichtungen und LVR-Kliniken** **Antrag Nr. 15/216 GRÜNE**

Herr Kresse betont die Wichtigkeit des Themas "Nachhaltigkeit". Daneben verweist er auf den Antrag der CDU und SPD zum Haushalt 2022/2023 vom 12.11.2021, der bislang unverändert auf "rot" in der Beschlusskontrolle enthalten sei. Insoweit sei der Antrag aus seiner Sicht weiterhin aktuell.

Frau Recki beantragt die Ablehnung des Antrags. Sie führt zur Begründung aus, dass das Thema seit vielen Jahren im Ausschuss behandelt und eine Verbesserung der Speisenversorgung erreicht worden sei. Es gebe keinen ersichtlichen Grund, sich des Themas erneut intensiv anzunehmen.

Herr Lenzen lehnt den Antrag ab. Der Antrag enthalte die Behauptung, die Kund*innen

würden nicht angemessen mit gesunden Speisen versorgt. Dies sei aus seiner Sicht nicht der Fall.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben **lehnt** den Antrag Nr. 15/210 **mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, AfD und Die FRAKTION gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.** ab.

Punkt 4.1.3

Haushalt 2025/2026: Modellzentrum Autismus-Spektrum-Störung Antrag Nr. 15/219 GRÜNE

Herr Kresse führt aus, dass der Prüfauftrag fachlich geboten sei. Nachweislich haben es insbesondere weibliche Personen, die an einer Autismuspektrum-Störung leiden, schwerer das Hilfesystem zu erreichen. Sie würden einen speziellen Zugang zum Hilfesystem benötigen.

Herr Ensmann verweist auf die Vorlage Nr. 15/2229 mit dem Titel "Sachstand zur Gendermedizin". Die Verwaltung befasse sich bereits mit diesem Thema. Aus diesem Grunde sei der Antrag abzulehnen.

Herr Lenzen führt aus, dass der Antrag zu weitreichend sei. Die Rolle der Politik bestehe darin, Rahmenbedingungen zu schaffen und nicht in die konkrete therapeutische und pädagogische Arbeit einzugreifen.

Herr von Kruedener spricht sich für den Antrag aus. Autismus werde bei Frauen viel zu selten diagnostiziert. Hintergrund seien veraltete Diagnosekriterien. Auf die Diagnosestellung und therapeutische Behandlung von Frauen solle ein Fokus gesetzt werden. Es solle ein Ansatz geschaffen werden, dass Frauen mit Autismusspektrumstörung ansprechend und individuell behandelt werden können. Bislang würden sich die Diagnose- und Behandlungskriterien an Männern ausrichten und auch auf Frauen angewendet. Diese seien für Frauen nicht zutreffend.

Frau Ammann-Hilberath schließt sich Aaron von Kruedener inhaltlich an. In der Kommission Gleichstellung sei vor wenigen Monaten ein Fachvortrag einer Vertreterin der Uniklinik Köln gehalten worden, der sich inhaltlich mit dem Thema Gendermedizin befasst habe. Die Vortragende habe bestätigt, dass medizinische Evaluationen und Diagnosen im Wesentlichen an Männern vorgenommen würden. Daneben habe diese berichtet, dass Gendermedizin erst im kommenden Jahr in den medizinischen Studiengängen aufgenommen würden. Martina Amman-Hilberath unterstützt den Prüfauftrag.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben **lehnt** den Antrag Nr. 15/210 **mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke. und Die FRAKTION** ab.

Punkt 4.2

Haushaltsentwurf 2025/2026; hier: Zuständigkeit des Ausschusses für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben Vorlage Nr. 15/2828

Herr Kresse, Herr Lenzen, Frau Amman-Hilberath und Herr von Kruedener informieren, dass es jeweils fraktionsintern noch Beratungs- und Abstimmungsbedarf gebe und keine Beteiligung an der Beschlussfassung erfolgen werde.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund WohnenPlusLeben fasst **einstimmig** - bei Nichtbeteiligung der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, Die Linke. und Die FRAKTION - folgenden Beschluss:

Dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2025/2026 für das Produkt A.060.03 in der Produktgruppe 060 im Produktbereich 07 wird gemäß Vorlage Nr. 15/2828 zugestimmt.

Punkt 5

Anfragen und Anträge

Punkt 5.1

Anfrage Sexualisierte Übergriffe in Werkstätten und Einrichtungen des LVR

Anfrage Nr. 15/121 GRÜNE

Frau Peters bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung der Vorlage. Sie formuliert, dass es noch inhaltliche Unklarheiten bezüglich der in der Beantwortung enthaltenen Ausführungen zu Daten bzgl. der sexualisierten Übergriffe und Gewalttaten gebe. Daneben sei unklar, weshalb die erstellten Konzepte nicht ausgewertet würden.

Frau Wenzel-Jankowski erläutert, dass die Daten zu sexuellen Übergriffe in den Daten zu Gewaltübergriffen enthalten seien. Die Besonderen Vorkommnisse würden von den Einrichtungen nach gleichem formalen wie inhaltlichen Muster gemeldet. Das Dezernat 8 werte die Meldungen inhaltlich aus, behandle und prüfe die Besonderen Vorkommnisse in jedem Einzelfall fachaufsichtlich und erfasse die Meldungen nach konkreter, kategorischer Zuordnung. Seit 2020 würden „sexuelle Übergriffe“ im ehemaligen Verbund HPH (jetzt LVR-Verbund für WohnenPlusLeben) gesondert ausgewertet. Bislang habe es lediglich für den Bereich der Kliniken noch keine eigene Erfassungskategorie gegeben, ab 2025 werde jedoch eine entsprechende Zuordnung der Meldungen vorgenommen. Die Konzepte seien selbstverständlich gesichtet und ausgewertet worden. Gemeint sei in der Beantwortung, dass derzeit das übergeordnete LVR-weite Monitoringverfahren im Aufbau befindlich sei.

Herr Rollmann ergänzt bezüglich der Rahmenkonzepte, dass diese zusätzlich auch von den WTG-Behörden, und dem übergeordneten Träger, Dezernat 7, geprüft würden. Hinsichtlich der Gewaltprävention, insbesondere auch der sexualisierten Gewalt, gebe es im LVR-Verbund für WohnenPlusLeben Verfahrensanweisungen und Prozessregelungen.

Punkt 5.2

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/121

Keine Anmerkungen.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.3

Anfrage und Beantwortung Nr. 15/112 GRÜNE

Keine Anmerkungen.

Die Anfrage und die Beantwortung werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 6
Beschlusskontrolle

Keine Anmerkungen.

Der öffentliche Teil der Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7
Bericht aus der LVR-Verbundzentrale und dem LVR-Verbund WohnenPlusLeben

Punkt 7.1
Bericht LVR-Verbundzentrale

Keine Anmerkungen.

Punkt 7.2
Bericht LVR-Verbund WohnenPlusLeben

Keine Anmerkungen.

Punkt 8
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Rheinbach, 25.02.2025

Die Vorsitzende

K r u p p

Köln, 11.02.2025

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i



Qualität für Menschen

LVR-Verbund für WohnenPlusLeben

FASD – eine wachsende Herausforderung für den LVR-Verbund für WohnenPlusLeben

Andreas Trümper, Regionalleitung Region 2b und FASD Fachkraft Münster/ Berlin
Ausschusssitzung 31.01.25

19.02.2025

Faktenlage I

Was bedeutet FASD?

- FASD steht für „Fetal Alcohol Spectrum Disorder“, also Fetale Alkohol Spektrum Störung
- irreversible Schädigungen des Embryos/Fetus durch das Zellgift Alkohol
- jeglicher Alkoholkonsum während der Schwangerschaft *kann* Schädigungen verursachen; alle Körperstrukturen und -funktionen können beeinträchtigt sein
- nur 2 von 10 Frauen sind während der Schwangerschaft vollständig abstinert

Unterdiagnosen:

- FAS – Fetales Alkohol Syndrom
- pFAS – partielles FAS
- ARND (Alcoholrelated Neurodevelopmental Disorder) – alkoholbedingte neurologische Entwicklungsstörung

Faktenlage II

Das Aufkommen von FASD

- FASD ist die häufigste, nicht genetisch bedingte Ursache einer geistigen und körperlichen Behinderung
- Lt. BMG : Prävalenz von 1,77 %, d.h. ca. 12.000 Neugeborene pro Jahr, d.h. hochgerechnet auf 70 Lebensjahre ca. 1,5 Mio. (lt. FASD-Deutschland)
- 70-80 % der diagnostizierten Kinder leben nicht in der Herkunftsfamilie, aber weniger als 1 % erhalten die Diagnose
- Es ist davon auszugehen, dass ein hoher Anteil der Betroffenen dauerhaft auf Unterstützung angewiesen ist, d.h. vermutlich leben zahlreiche Betroffene im System der Eingliederungshilfe und insbesondere im LVR-Verbund für WohnenPlusLeben!

Diagnostik und Folgen

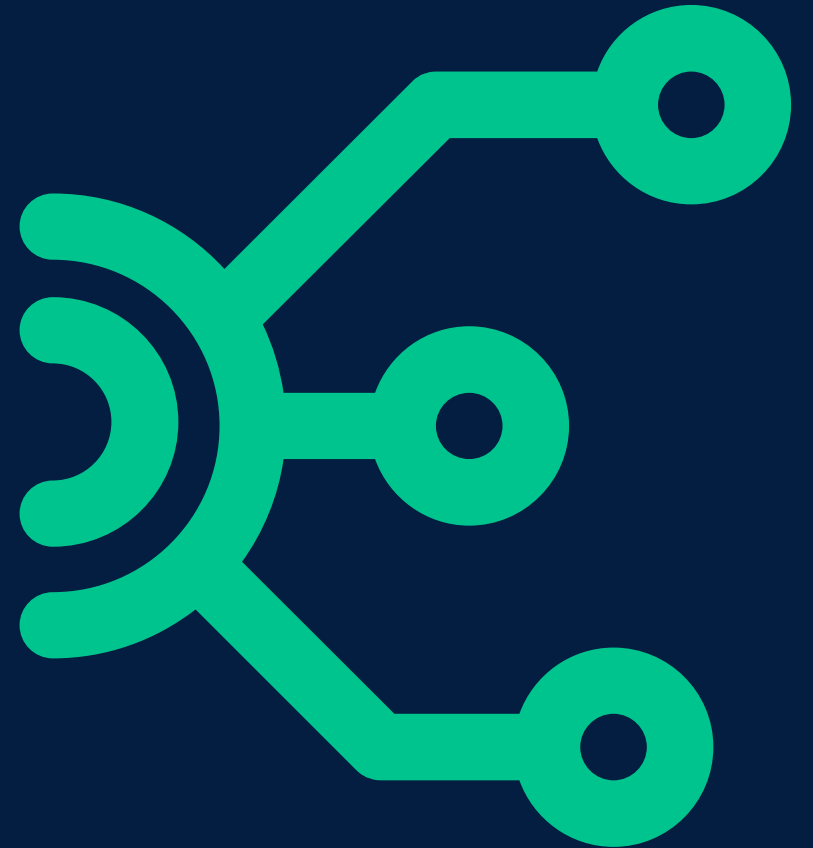
Feststellung des Krankheitsbildes

- Diagnose nach der S3-Leitlinie erst seit 2012 (FAS) bzw. 2016 (FASD) – aber nur für Kinder- und Jugendliche > **d.h. die Zahl der Diagnosen wird in den nächsten Jahren deutlich steigen**
- Erwachsenenendiagnostik an nur 6 Standorten in Deutschland (keine sichere S3-Leitlinie)
- Diagnosekriterien: Alkoholkonsum, Wachstum, kraniofaziale Veränderungen, hirnorganische Auffälligkeiten
- "Diagnose für zwei"
- Veränderungen des Gehirns (insbes. Exekutivfunktionen), aber auch biografische Traumata führen häufig zu Auffälligkeiten im Verhalten (HV): Bindungsstörungen, Impulskontrollstörungen, Ablenkbarkeit, Delinquenz, Beeinflussbarkeit u.v.m.

Stand der Bearbeitung

Thema im LVR-Verbund für WohnenPlusLeben

- seit 2018 (Team-)Schulungen – ca. 15-20 durchgeführt
- vier Mitarbeitende zu FASD-Fachkräften qualifiziert
- Intensivwohnbereich in Rees
- Fachliches Konzept und Handreichung erstellt



Anforderungen an Unterstützungssetting

- Anpassung der räumlichen Situation / kein klassisches „Gruppenangebot“
- stark strukturiertes Unterstützungsangebot (Tagespläne)
- personalintensiv um Struktur zu gewährleisten und „Entgleisungen“ möglichst im Vorfeld zu verhindern
- Umgang mit Eskalationen inkl. körperlichen Übergriffen



Ein Blick über den Tellerrand – zur Relevanz des Themas



Relevanz für die Fachabteilungen in Dezernat 8

- Soziale Reha
- Erwachsenenpsychiatrie (inkl. Erwachsenenendiagnostik)
- Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Maßregelvollzug
- Institut Kompass

Relevanz im LVR

FETALE ALKOHOLSTRAHM-STÖRUNGEN IN DER PRAXIS DER PFLEGEKINDERHILFE

Eine gemeinsame Arbeitshilfe der
Landesjugendämter Rheinland und Westfalen

LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

LVR
Qualität für Menschen

FASD als lebenslange Herausforderung

Möglichkeiten und Chancen
für ein gutes Aufwachsen in Pflege-
und Adoptivfamilien

29. Januar 2025
Köln, Jugendherberge Köln-Riehl

Zur
Anmeldung
Hier klicken!

Qualität für Menschen

Fachtagung zur Fetale Alkoholspektrum Störung

4. November 2025 | Allgemein, Anträge - Gesundheit



Beschreibung:
Die Veranstaltung wird beauftragt, eine Fachtagung zum Thema FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorder / Fetale Alkoholspektrum Störung) anzubieten.
Begründung:
FASD ist eine der häufigsten angeborenen Behinderungen, ausgelöst durch Alkoholkonsum der Mutter während der Schwangerschaft. Rund 10.000 Kinder werden in Deutschland jährlich mit FASD geboren. Die betroffenen Kinder zeigen Verhaltensstörungen, Lern- und Sprachprobleme, die nicht heilbar sind. Häufig werden sie aufgrund der Symptomatik in Pflegefamilien betreut. Eine Diagnose erfolgt oft erst, wenn die Betroffenen bereits einen langen Leidensweg hinter sich haben, zum Teil ergibt sich ein Verdacht auf FASD erst im Erwachsenenalter.
Die durch Verhaltensstörungen verursachte Abklärung und Ausgrenzung führt dazu, dass Menschen mit FASD gesellschaftliche Normen und Regeln wie eine Depression entwickeln. Dabei ist ihnen anzumerken, dass auch in den Klassen des LVR Menschen mit einer FASD nicht erkannt werden. Eine Erkennung ist notwendig, um die diese Menschen an geeigneter Stelle unterstützen zu können. Kinder im Rahmen von Fortbildungen und Schulungen werden für dieses Thema sensibilisiert werden. Um die rechtliche Grundlage hierfür zu legen und sich selbst mit anderen Akteuren zu vernetzen wurde sich eine Fachtagung als Einstieg angeboten.

[Hier klicken für mehr Informationen](#)

[Deutschlandfunk für alle Förderkriterien](#)

Relevanz im LVR

- Leistungen der Eingliederungshilfe, Wohnen und Arbeiten
- Jugendhilfe insbesondere Adoptiv- und Pflegekinder
- Förderschulen (und Schulassistenz)
- HEP-Ausbildung

Relevanz in der Sozialen Arbeit

- Drogen-/und Suchtberatung
- Bewährungshilfe und Strafvollzug
- Obdachlosenhilfe
- Jugendberufshilfe
- Sozialpsychiatrische Dienste / Psychiatrische Versorgung
- Betreuungsrecht

Gesamtgesellschaftliche Relevanz

- Medizin (Frauenärzte, Hebammen, Frühförderung)
- Schule und Ausbildung
- Justiz und Strafverfolgung
- Sozialraum (hier insbesondere Nachbarn und Geschäfte)
- Digitale Medien
- und viele weitere Bereiche ...



Ausblick

Wünschenswerte weitere Schritte

- Qualifizierung der Mitarbeitenden
- Wissenstransfer in Abteilungen der Sozialen Reha
- konzeptionelle und bauliche Angebotsgestaltung
- Vernetzung mit Psychiatrie und Jugendhilfe



Vielen Dank!
Gibt es Fragen?